



Antrag

der Fraktion der FDP

Neuer Schwung für die Wirtschaft – Zeit für einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. Die niedrigen Wachstumszahlen in Verbindung mit den zurückhaltenden Prognosen für das kommende Jahr sind umso besorgniserregender, weil andere europäische Staaten wie zum Beispiel Griechenland und Spanien zeigen, dass die wirtschaftliche Entwicklung auch in eine andere Richtung gehen kann. Die aktuelle wirtschaftliche Lage macht auch vor Schleswig-Holstein nicht halt und stellt die hier angesiedelte Wirtschaft vor große Herausforderungen. Es braucht daher eine Neuausrichtung des wirtschaftspolitischen Kurses in Deutschland, durch den neuer Schwung und neue Dynamik für die Wirtschaft freigesetzt werden. Dazu gehören folgende Punkte:

- Marktwirtschaftliche und diskriminierungsfreie Angebotspolitik statt selektiver Regulierung und Subventionen: Es braucht einen gleichen wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen für alle, der technologieoffen und angebotsorientiert ist. Die Erfahrungen zeigen, dass das Vertrauen auf eine funktionierende soziale Marktwirtschaft wesentlich effektiver ist als die Vorgabe und Planung vermeintlich richtigen Wirtschaftens durch die Politik. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine auf Subventionen basierende Wirtschaftspolitik, die sich zunehmend auf die Förderung politisch ausgesuchter Vorhaben und Branchen ausrichtet. Solche Subventionen fördern nur einige Wenige und gehen zu Lasten des Großteils der mittelständischen Wirtschaft. Zudem fördern sie die Trägheit des Marktes, da

durch Subventionen strukturelle Veränderungsnotwendigkeiten gehemmt werden;

- Sofortiges und anhaltendes Belastungsmoratorium: Es darf keine weiteren Belastungen für die Wirtschaft durch neue Bürokratie geben, so dass jede in diese Richtung gehende Initiative sowohl auf Bundes- als auch Landesebene gestoppt werden muss. Ein solches Moratorium muss auch für die kommenden Jahre weitergelten. Stattdessen braucht es vielmehr einen Abbau von Vorschriften und eine Verschlankung bestehender Regelungen, wie es Schleswig-Holstein mit seinem präzisen Vergabegesetz vorgemacht hat. Dies sollte bundesweit Vorbild sein und bei jeglichen Gedankenspielen zu einem Bundestariftreuegesetz oder der Reform des Vergaberechts auf Bundesebene stets in Erinnerung geholt werden. Zudem sollte die Aussetzung bürokratischer Regelungen ohne nennenswerten Nutzen, wie zum Beispiel das von der Großen Koalition beschlossene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, erfolgen;
- Umsetzung von EU-Vorgaben auf das absolute Minimum reduzieren: Viele Gesetze gehen auf Vorgaben der EU zurück. Auch auf europäischer Ebene ist insoweit ein Umdenken erforderlich und die durch neue Regelungen entstehende Bürokratielast zu reduzieren. Es muss stattdessen auch zur Rücknahme einer Vielzahl bürokratischer Vorgaben kommen, die vor allem Belastungen der Wirtschaft mit sich gebracht haben;
- Wirtschaftsfördernde Steuerpolitik: Unternehmen muss der Spielraum gegeben werden, um notwendige Investitionen tätigen zu können. Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland müssen attraktiv sein und dürfen nicht durch hohe Abgaben gehemmt werden. Daher muss die Steuerpolitik ihren Fokus auf Entlastungen legen, zum Beispiel durch die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages, statt durch die Debatte um weitere Belastungen wie durch eine Vermögenssteuer weitere Verunsicherung zu schüren;
- Energieversorgung zukunftsweisend aufstellen: Neben dem zweifelsohne positiven Nutzen erneuerbarer Energien aus Wind und Sonne braucht es eine dauerhaft sichergestellte Energieversorgung und eine Ausweitung des Energieangebotes, um auch bei Windstille und Dunkelheit nicht ausschließlich auf Energieimporte angewiesen zu sein und um die Energiepreise zu senken. Neben der Nutzung von LNG und Wasserstoffderivaten muss es eine technologieoffene Energiepolitik geben, die auch den Einsatz emissionsfreier Energie, die zukünftig zum Beispiel auch durch Kernfusion erzeugt werden kann, ermöglicht;
- Klimapolitik mit nachweislich funktionierendem Instrument statt mit Ideologie: Das Emissionshandelssystem hat nachweislich in den Sektoren, in denen es bereits Anwendung findet, einen positiven emissionsmindernden Einfluss. Es sollte daher umgehend auf alle relevanten Sektoren ausgeweitet werden, sodass auch dort effektiver, auf marktwirtschaftlichen Mechanismen

- basierender Klimaschutz erfolgen kann. Dies ist wesentlich effizienter als ideologisch motivierte Steuerung einzelner Bereiche durch die Politik;
- Anreize für Innovationen schaffen: Die Wirtschaft braucht ausreichend Spielraum, um durch Forschung und Ausprobieren den technologischen Fortschritt mitzuprägen und sich im Wettbewerb positiv abzusetzen. Dafür braucht es nicht nur eine noch bessere Bereitstellung von Wagniskapital sowie eine Ausweitung der Forschungsförderung. Es braucht vor allem auch der Förderung eines wesentlich positiveren Images von Wirtschaft und Unternehmertum, zum Beispiel durch Entrepreneurship Education und Begegnung von Wirtschaft und Wissenschaft sowie Schule von Beginn an;
 - Das Arbeitszeitrecht endlich reformieren: Die Flexibilisierung der bestehenden Arbeitszeitregelungen läge im beidseitigen Interesse der Unternehmen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um Potenziale für den Arbeitsmarkt zu heben und gleichzeitig bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, ist mindestens eine Anpassung des deutschen Arbeitszeitgesetzes an die europäischen Regelungen erforderlich;
 - Attraktivität von Arbeit stärken: Arbeit muss sich immer mehr lohnen als der Bezug von Sozialleistungen. Daher braucht es Anpassungen im bestehenden System, damit alle potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt auch zur Verfügung stehen und eine Motivation zur Arbeitsaufnahme haben. Bestehende Leistungen, die derzeit eine möglicherweise hemmende Wirkung haben, müssen dementsprechend reformiert werden. Zudem muss es das endgültige Aus der Kalten Progression geben, indem durch einen gesetzlichen Automatismus versteckte Steuererhöhungen ein Ende haben. Das Verhindern zusätzlicher finanzieller Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darf nicht von politischen Verhandlungen abhängen, sondern ist eine Frage der Fairness.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser angebotspolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört unter anderem, auf Bundesebene sowohl in Gesprächen als auch durch konkrete eigene Initiativen für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel im Sinne der genannten Rahmenbedingungen einzutreten.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, auch auf Landesebene alles Notwendige zur Stärkung der Wirtschaft zu unternehmen. In diesem Sinne soll die Landesregierung vor allem auch

- ein landespolitisches Belastungsmoratorium auflegen und dieses auch auf bereits laufende Gesetzgebungsverfahren wie zum Beispiel zum EWKG anwenden;
- Ausbau sowie Erhalt der Landesinfrastruktur nicht schleifen lassen und dementsprechend unter anderem die Haushaltsmittel zur Landesstraßensanierung wieder auf das notwendige Maß erhöhen;

- die Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft endlich aktiv vorantreiben und entsprechende Initiativen nicht nur theoretisch fördern, sondern auch durch entsprechendes Marketing präsent machen;
- Einen energiepolitisch klaren und technologieoffenen Kurs fahren, der neben Wind und Sonne auch anderer Energieerzeugung, zum Beispiel durch Kernfusion, sowie Anwendungen wie CCS offensteht;
- auf einen Überbietungswettbewerb bei Klimazielen verzichten, da schärfere eigene Ziele zwar medial gut ankommen, aber effektiv die Emissionen nicht reduzieren, sondern nur auf andere Länder verlagern und dem Klima damit nicht helfen.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion